



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 18.06.2017

**Auszug
aus der Niederschrift der 27. Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 02.05.2017**

öffentlich

- 2.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 12.04.2017 betr.
Saubere Luft für Mülheim – jetzt handeln!
AN/0581/2017
- 2.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2016 betr.
Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Mülheim senken!
AN/1439/2016
vertagter TOP 2.1 aus der Sitzung am 31.01.2017
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 06.09.2016
AN/1452/2016
vertagter TOP 2.1.1 aus der Sitzung am 31.01.2017
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 07.11.2016 betr.
"Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Mülheim senken" - Optimierung Pendler-
verkehre zwischen Köln und dem Rheinisch-Bergischen Kreis
AN/1834/2016
vertagter TOP 2.1.2 aus der Sitzung am 31.01.2017
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2016 betr.
Kölner Bevölkerung schützen – Schadstoffbelastung senken!
AN/1521/2016
*verwiesen aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am
03.11.2016
vertagter TOP 2.1.3 aus der Sitzung am 31.01.2017*

- 4.3 Interkommunale Maßnahmen zur Senkung des Verkehrsaufkommens für den Kölner rechtsrheinischen Norden
1007/2017
I. Durchgang
- 4.4 Ergänzende Maßnahmen zum "Interkommunalen Programm zwischen Köln und Bergisch Gladbach (33-Punkte-Programm)" zur Senkung des Verkehrsaufkommens für den Stadtbezirk Mülheim
1017/2017
I. Durchgang

Hinweis: Die TOP werden wegen Sachzusammenhangs zusammen behandelt.

SB Ott nimmt erneut Stellung zur Verkehrssituation in Mülheim und verweist im Wesentlichen auf die Ausführungen und Diskussionen in den vergangenen Sitzungen. Er betont nochmals, dass die Situation – wenngleich die Verwaltung nun Entscheidungsvorlagen erarbeitet habe - dringenden Handlungsbedarf und kurzfristige Maßnahmen erfordere. Die Stadt Bergisch Gladbach wälze nach seiner Auffassung zu viel auf die Stadt Köln ab. Die SPD-Fraktion halte ihre Anträge aufrecht.

RM Michel bestätigt die schwierige Situation für die Mülheimer Bürger, die auch noch Jahre auf eine harte Geduldprobe gestellt werden. Die CDU-Fraktion begrüße daher die vorgelegten Verwaltungsvorlagen; die dort aufgeführten Maßnahmen können nun sukzessive abgearbeitet werden, um Mülheim zu einem attraktiven Verkehrsmittelpunkt zu entwickeln. Die Anregung der SPD-Fraktion, eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, unterstütze seine Fraktion.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist RM Hammer darauf hin, dass viele der in den Anträgen aufgeführten Maßnahmen in den vorliegenden Verwaltungsvorlagen enthalten seien. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung den hiesigen Ausschuss auf dem Laufenden halte und Prüfergebnisse unverzüglich vorlegen werde. Den Vorlagen werde seine Fraktion daher zustimmen; der eigene Änderungsantrag vom 07.11.2016 sei obsolet und werde daher zurückgezogen.

RM Weisenstein moniert erneut, dass ein wirklich wirkungsvolles Instrument wie beispielsweise die Prüfung einer Citymaut von den anderen Fraktionen abgelehnt werde. In seinem weiteren Wortbeitrag nimmt er Stellung zum Änderungsantrag zu TOP 4.3 und wirbt um Zustimmung.

RM Houben resümiert, dass der hiesige Ausschuss die Thematik in den vergangenen Monaten mehr als ausführlich diskutiert habe; die Verwaltung habe nun viele Vorschläge unterbreitet; den Anträgen der SPD-Fraktion werde seine Fraktion daher nicht zustimmen.

Nach weiterer kontroverser Diskussion betont RM Michel erneut seine Auffassung, dass alle Anträge – auch der eigene - durch die beiden Verwaltungsvorlagen erledigt seien; lediglich die Punkte 2, 4 c 1. Spiegelstrich sowie 5 und 6 aus dem Antrag der SPD-Fraktion AN/0581/2016 können aus Sicht der CDU-Fraktion den Verwaltungsvorschlag sinnvoll ergänzen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann schlägt demnach vor, zunächst alle Anträge zur Abstimmung zu stellen und anschließend die Verwaltungsvorlagen, ggf. mit Ergänzungen.

**2.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 12.04.2017 betr.
Saubere Luft für Mülheim – jetzt handeln!
AN/0581/2017**

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss unterstützt den eingeschlagenen Weg der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Köln und Bergisch Gladbach und fordert die Umsetzung des gemeinsamen Maßnahmenkatalogs.
2. Er beauftragt die Verwaltung, zeitnah eine umfassende Bürgerinformation im Stadtbezirk Mülheim durchzuführen.
3. Mit der Umsetzung der bereits als kurzfristig eingestuften Maßnahmen soll unverzüglich begonnen werden.
4. Darüber hinaus beauftragt der Ausschuss die Verwaltung, folgende Änderungen und Ergänzungen in das gemeinsame Handlungsprogramm einfließen zu lassen:
 - a. Zur Beschleunigung und Verbesserung der Wirksamkeit sollen die als mittelfristig eingestuften Maßnahmen ebenfalls auf ihre kurzfristige Realisierungsmöglichkeit überprüft werden. Dabei sollen insbesondere die Optimierung der Ampelschaltung bzw. die Prüfung von Umweltampeln an der Stadtgrenze zu Bergisch-Gladbach, die Förderung von Mobilstationen sowie die Schaffung einer Radverkehrsanlage auf der Bergisch-Gladbacher-Straße geprüft werden.
 - b. Der LKW-Transitverkehr soll durch eine geänderte Streckenführung mit großräumiger Umfahrung des Stadtbezirks verringert werden.
Zur Verringerung des LKW- und Logistikverkehrs aus Bergisch-Gladbach sollen Möglichkeiten zur Verlagerung auf das Schienennetz mit der Stadt Bergisch Gladbach erörtert werden.
Daneben soll auch die Realisierung der Ortsumgehung Refrath (sogenannte Bahndammtrasse) weiter mit Nachdruck vorangetrieben werden.
 - c. Als zusätzliche Maßnahmen sollen die Verwaltung und die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) zudem zeitnah
 - den Einsatz von E-Bussen im Stadtbezirk Mülheim,
 - die Einrichtung von Busvorrangspuren (z.B. auf dem Clevischen Ring),
 - die Stärkung des Busverkehrs ab 20:00 Uhr,
 - die Einrichtung einer Schnellbusverbindung zwischen Köln und Leverkusen sowie zwischen dem Bahnhof Deutz und dem Bahnhof Mülheim sowie
 - Kapazitätssteigerungen auf der Linie 4 prüfen und ihre Umsetzung vorbereiten.

Die Durchfahrt der Linien 3 und 18 bis zur Endhaltestelle Thielenbruch soll zumindest in erweiterten Hauptverkehrszeiten zeitnah realisiert werden.
5. Um den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit an den genannten neuralgischen Punkten des Stadtbezirks zu verbessern, bittet der Ausschuss die Verwaltung zudem um entsprechende Schwerpunkteinsätze des Verkehrsdienstes ggfs. in Zusammenarbeit mit der Polizei.
6. Ein Bericht über den Stand der Umsetzung soll den zuständigen Gremien im vierten Quartal 2017 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke

**2.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2016 betr.
Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Mülheim senken!
AN/1439/2016**

Beschluss:

1. Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, mit der Stadt Bergisch Gladbach bis Ende 2016 eine Verkehrsuntersuchung durchzuführen und ein gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung der Verkehrssituation im Kölner Osten und Bergisch Gladbach zu erarbeiten.
2. Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, im Vorgriff auf die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung, umgehend Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs im Stadtbezirk Mülheim zu ergreifen. Folgende Maßnahmen sind dabei kurzfristig besonders zu betrachten und zu erwägen:
 - Eine Veränderung der Streckenführung für den LKW-Transitverkehr zur großräumigen Umfahrung des Stadtbezirks Mülheim,
 - die Einrichtung von umweltsensitiven Ampelschaltungen (sogenannte "Pfortnerampeln") im Bereich der Stadtgrenze an der Bergisch-Gladbacher-Straße,
 - der Ausbau der P&R-Kapazitäten an der KVB-Haltestelle Thielenbruch und am S-Bahnhof in Dellbrück,
 - die ganztägige Durchfahrt der Linie 3 bis zur Endhaltestelle Thielenbruch an Werktagen sowie die Verlängerung der Linie 3 nach Bergisch Gladbach,
 - der Einsatz von Verstärkerbahnen auf den Linien 3 und 4 im Rechtsrheinischen,
 - der Aufbau von Mobilitätshubs an den DB und KVB-Haltestellen im Stadtbezirk zur besseren Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsmittel sowie
 - die Verlängerung der Linie 1 nach Moitzfeld/Herkenrath.
3. Darüber hinaus bittet der Ausschuss die Verwaltung, den Sachstand zum Beschluss des Verkehrsausschusses vom 22.9.2015 bezüglich
 - der Bewertung des Maßnahmenkatalogs der Bezirksvertretung Mülheim,
 - der Schaffung einer Schnellbusverbindung von Mülheim nach Bergisch Gladbach,
 - der Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung von Köln nach Bergisch Gladbach sowie
 - der Gespräche mit den Tarifverbänden zur Schaffung eines einheitlichen Tarifes über die Stadtgrenzen Kölns und Bergisch Gladbach hinauszur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses darzustellen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 06.09.2016
AN/1452/2016**

Beschluss:

Es wird unter Punkt 2 des Beschlusses folgender Punkt 2 a) eingefügt:

- 2.a) Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend dem Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim vom 05.09.2016 zu TOP 8.1.5 „Schadstoffbelastung am Clevischen Ring in Köln-Mülheim“, die in diesem Beschluss aufgeführten Maßnahmen unverzüglich zu prüfen und je nach Ergebnis der Prüfung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktion Die Linke

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2016 betr.
"Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Mülheim senken" - Optimierung
Pendlerverkehre zwischen Köln und dem Rheinisch-Bergischen Kreis
AN/1834/2016**

Der Antrag wird von den Antrag stellenden Fraktion als erledigt angesehen und **zurückgezogen**.

**Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2016 betr.
Kölner Bevölkerung schützen – Schadstoffbelastung senken!
AN/1521/2016**

Beschluss:

Um die Kölner Bevölkerung effektiv vor Gesundheitsbeeinträchtigungen zu schützen beauftragt der Rat die Verwaltung unverzüglich Maßnahmen zur signifikanten Senkung der Schadstoffbelastung durch Stickstoffdioxid im Stadtgebiet vorzubereiten:

- Dazu ist dem Rat noch in diesem Jahr ein umfassender Handlungskatalog mit kurz- und mittelfristig wirkenden Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte vorzulegen.
- Der Handlungskatalog soll den Schwerpunkt auf ein zeitnah verbessertes Angebot im Umweltverbund – also im ÖPNV, dem Fußgänger- und Radverkehr – sowie auf die Verknüpfung der Verkehrsträger, Temporeduzierungen und umweltsensitive Verkehrssteuerung legen.
- Neben einer großräumigen Umfahrung des Transitverkehrs bitten wir die Verwaltung außerdem im Dialog mit der regionalen Wirtschaft Vorschläge zu er-

arbeiten, welchen Beitrag die Unternehmen durch innovative Mobilitäts- und Logistikkonzepte leisten können.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke

4.3 Interkommunale Maßnahmen zur Senkung des Verkehrsaufkommens für den Kölner rechtsrheinischen Norden 1007/2017

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 02.05.2017
AN/0702/2017**

1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 02.05.2017):

Punkt 1 wird geändert zu:

Auf der Bergisch Gladbacher Straße im Abschnitt vom Clevischen Ring bis zur Stadtgrenze Erneuerung der LSA, Einrichtung von Tempo 30 und Einbau von lärmoptimiertem Asphalt.

Gestrichen wird der zweite Satz „Nach Einbau des lärmoptimierten Asphalts wird die Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h angehoben“.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die Fraktion Die Linke bei Enthaltung der SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2. Beschluss (Verwaltungsvorlage):

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim uneingeschränkt zustimmt und beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen aus dem Interkommunalen Programm umzusetzen bzw. zu initiieren und weiter zu verfolgen:

Maßnahmen aus dem 33-Punkte-Programm mit den Nachbargemeinden

1. Auf der Bergisch Gladbacher Straße im Abschnitt vom Clevischen Ring bis zur Stadtgrenze Erneuerung der LSA, Einrichtung von Tempo 30 und Einbau von lärmoptimiertem Asphalt. Nach Einbau des lärmoptimierten Asphalts wird die Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h angehoben,
2. Entwickeln eines gemeinsamen Konzeptes für regionale Fernradwege zwischen Köln und dem Rheinisch-Bergischem Kreis,
3. Planung und Einrichtung weiterer Mobilitätsstationen innerhalb von Mülheim,
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Lichtsignalanlagenkonzept für eine umweltsensitive Steuerung an der Stadtgrenze zu Bergisch Gladbach einschließlich einer Wirkungsanalyse bezogen auf die Luftschadstoffsituation auf der Bergisch Gladbacher Straße zu prüfen,
5. Planung der Anbindung der Autobahnanschlussstelle Mülheim an den Dünwald der Kommunalweg.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der SPD-Fraktion

4.4 Ergänzende Maßnahmen zum "Interkommunalen Programm zwischen Köln und Bergisch Gladbach (33-Punkte-Programm)" zur Senkung des Verkehrsaufkommens für den Stadtbezirk Mülheim 1017/2017

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim uneingeschränkt zustimmt und beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Senkung des Verkehrsaufkommens umzusetzen bzw. zu initiieren und weiter zu verfolgen:

Ergänzend zum Interkommunalen Programm

- Entwicklung eines flächendeckenden Parkraumkonzeptes für Mülheim.
- Modifizierung der Linie 150. Ziel ist die Einrichtung einer Verbindungslinie Mülheimer Bahnhof – Schanzenviertel – Mülheim Süd - Deutzer Bahnhof. Die bisherige Ringlinie 190 soll in dieser Linie aufgehen.
- Es ist zu prüfen, ob es möglich und sinnvoll ist, Parkplätze in Leverkusen mit Shuttlebussystem zu erschließen, damit die S 6 intensiver genutzt wird.
- Prüfung von kurz- bis mittelfristigen Verbesserungen im Stadtbahnbereich für den Stadtbezirk Mülheim.
- ***Zeitnahe Durchführung einer umfassenden Bürgerinformation im Stadtbezirk Mülheim.***
- ***Als zusätzliche Maßnahmen sollen die Verwaltung und die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) zudem zeitnah den Einsatz von E-Bussen im Stadtbezirk Mülheim prüfen und ihre Umsetzung vorbereiten.***
- ***Um den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit an den genannten neuralgischen Punkten des Stadtbezirks zu verbessern, bittet der Ausschuss die Verwaltung zudem um entsprechende Schwerpunkteinsätze des Verkehrsdienstes ggfs. in Zusammenarbeit mit der Polizei.***
- ***Ein Bericht über den Stand der Umsetzung soll den zuständigen Gremien im vierten Quartal 2017 vorgelegt werden.***

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt